



Donnerstag, 18. September 2003



HOMEPAGE ARCHIV ABONNENTEN ANZEIGEN PUBLIC PAGE IMPRESSUM EMAIL

Lokales

- Köln
- Bonn
- Erfkreis
- Rhein-Ahr
- Rhein-Sieg
- Berg. Land
- Oberberg
- Euskirchen

Rheinland

Politik

Kommentare

Tagesthema

Sport

Aus aller Welt

Wirtschaft

Kultur

Magazin

Computer

Service

- Gesundheit
- Motor
- Wohnen
- Garten
- Reisen
- Geld & Recht
- Familie

Anzeigen

- Immobilien
- Wohnungen
- Stellenmarkt
- Kfz-Markt
- Reisemarkt
- Hobby
- Treffpunkt
- Schnäppchen
- Kunst
- Anz. aufgeben
- Anz.-Detektiv

Ihre Werbung hier

Impressum

Wirtschaft

Ein neuer Schlag für die Versicherer?

Von HERMANN STEVEKER

17.09.2003 20:34 Uhr

KÖLN. Es ist ein Weihnachtsgeschenk der besonderen Art. Dezember 1999: Bundesfinanzminister Hans Eichel startet den Versuch, die verkrustete „Deutschland AG“ aufzubrechen und macht sich mit der Nachricht, dass die Kapitalgesellschaften des Landes fortan ihre Gewinne aus Beteiligungsverkäufen ohne Steuerabzug behalten dürfen, die Börse zum Freund. Binnen weniger Tage schießt der Deutsche Aktienindex von 6000 auf 7000 Punkte hoch - allen voran die Papiere der Versicherer und Banken, die Milliardenbeteiligungen an Industriekonzernen halten.

Den Hinweis des Ministers, dass damit auch Verluste aus Aktiengeschäften nicht mehr von der Steuer absetzbar seien, nahmen die Märkte in ihrem Rausch allenfalls als Fußnote wahr. Mit fatalen Folgen: Die seither eingebrochenen Kurse drückten vor allem bei den Versicherungen aufs Ergebnis - mit der Folge, dass diese trotz teilweise immenser Verluste Steuern zahlen müssen. Das wiederum rief Anfang dieses Jahres den Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) auf den Plan, der diesen Teil der Steuerreform für die kriselnden Lebens- und Krankenversicherungen revidiert sehen will. Zunächst nährten Äußerungen Eichels die Hoffnung auf ein Entgegenkommen, doch angesichts von hohen Steuerausfällen, scheint der Minister jetzt umzuschwenken. „In der Tendenz“, so ein Eichel-Sprecher gestern, „zeichnet sich eine Skepsis ab, was die Wünsche der Versicherer angeht“.

In der Branche vernimmt man das natürlich mit Grummeln. Es handele sich um „keine gerechtfertigte Belastung“, sagt GDV-Sprecher Ralf Chalupnik. Angesichts besonderer Bedingungen für Lebens- und Krankenversicherer sei ein „überproportionaler Steuereffekt“ zu erwarten. Soll heißen: Die Steuerlast für die Versicherer könnte bis zu 70 Prozent des Verlustes ausmachen.

Und so stellt sich die Frage, wie hart das mögliche Vorhaben des Ministers die ohnehin gebeutelte Branche, die die Beinahe-Pleite der Mannheimer-Lebensversicherung gerade erst verdaut, nochmal trifft. An sich sei es systematisch und konsequent, Gewinne und Verluste aus Beteiligungsverkäufen steuerlich gleich zu behandeln, sagt Peter Albrecht, Professor für Versicherungswirtschaft an der Universität



Hinter der Fassade bröckelt es: Die Mannheimer-Zentrale.



ZUM_THEMA
NEUE RETTUNG?

SMS-News | Druckversion



Ticl

- Such
- Spa
- Alle
- Geb
- Bun



KR-

- Öko
- Sta
- Sch
- We
- Bill
- sch
- Kul
- Ber



KR-

- Ticl
- Onl
- Par



Info

- Bör

Mannheim. Aber Wirtschafts- und Finanzpolitik finde nicht im luftleeren Raum statt, sondern müsse an Wirkungen gemessen werden. Und der Niedergang der Börsen habe den Versicherern bereits massiv Kapitalsubstanz entzogen, die sie für die Deckung von Risiken und Verpflichtungen benötigten. Durch eine solche „beängstigende Leichtfertigkeit“ werde die Branche „unnötig und in lässlicher Weise geschwächt“.

Ungerecht also oder doch gerecht? Fest steht, dass die Branchevertreter noch nicht aufgeben und Eichels Beamte auch weiter über das Steuer-Kleinklein mit sich reden lassen werden. Beendet seien die Prüfungen noch nicht, so der Sprecher. Fest steht aber auch, dass die Politik den Versicherern wegen der Börsenflaute schon einmal entgegen kam. Denn den „Armutsparagrafen“ 341b HGB drückte die Branche im Vorjahr im Bundestag durch. Er besagt, dass solange ein Kursrutsch nicht als „dauerhaft“ gilt, die Versicherer ihn auch nicht in den Büchern berücksichtigen müssen, wo raufhin sich außerhalb der Bilanzen so genannte stille Lasten von 20 Milliarden Euro türmten. Das Problem: Die Fristen, in denen eine Wertminderung als nicht dauerhaft gilt, laufen jetzt aus. Und so könnte es nicht nur für die Branche teuer werden, falls Eichel hart bleibt. Albrecht betont, eine solche Aktion gehe letztlich „zu Lasten der Versicherungskunden“.

(KR)

Wirtschaft

- Lipobay: US-Bundesgericht entscheidet zu Gunsten von Bayer
- EU-Gerichtshof bestätigt hohes Bußgeld gegen VW
- Air France und KLM unter einem Dach
- Die große Gier des kleinen Richard
- Immer mehr Schuldner vor dem Kadi
- WestLB streicht weitere 1800 Stellen
- Aus AOL Time Warner soll Time Warner werden
- OECD sieht Hoffnung für die Arbeitsmärkte der Industrieländer
- Wirtschaft fordert Sonderklausel Ost für mehr Wachstum
- Bertelsmann-Club probiert Neustart
- Die Schmerzgrenze liegt höher
- Minijobber: Wenn der Chef die Beiträge abwälzt
- IAA-Halbzeit: Autoindustrie wittert Konjunkturfrühling
- WestLB verkauft Börsenanteil
- Hinweise auf KLM-Übernahme durch Air France verdichten sich

Alle Rechte vorbehalten. © 2002 **Kölnische Rundschau**
 Layout & Design: M. DuMont Schauberg | <http://www.dumont.de/>
 Produktion: XCOM AG und M. DuMont Schauberg

- We
- TV-
- Sta
- Ro
- Sta
- Ho

- Tag
- Gas
- Ges
- Bie

Mol

- SM
- SM

